

EDITORIAL

Zehn Jahre Ukraine-Analysen

Liebe Leserinnen und Leser,

die Ukraine-Analysen feiern ihren zehnten Geburtstag! Am 14. Februar 2006 erschien die erste Ausgabe, damals zu den Folgen der Orangen Revolution. Das Editorial, das diese Ausgabe eröffnete, ist nach wie vor aktuell: »[d]ie Ukraine steht derzeit politisch und wirtschaftlich an einem Wendepunkt«.

So befindet sich die Ukraine auch im Jahr 2016 im gesellschaftlichen Umbruch. Der Euromaidan, die Krim-Annektion und der andauernde Konflikt im Donbass haben die Ukrainer gravierend geprägt und das Land wesentlich verändert. Niemand konnte alle diese Ereignisse vorhersehen. So schnell und unerwartet sind sie passiert. Die Ukraine-Analysen haben aber diese und andere Ereignisse für Sie systematisch und regelmäßig dokumentiert und analysiert.

Wir wollen komplexe Zusammenhänge und Herausforderungen allgemein verständlich und kompetent für Sie darstellen. Dabei bemühen wir uns unserem Ideal der neutralen Darstellung verschiedener Perspektiven treu zu bleiben. Wir glauben an die Vermittlung wissenschaftlicher Expertise in die breite Öffentlichkeit. Aus diesem Grund wurden die Ukraine-Analysen immer und werden auch weiter unentgeltlich allen Interessierten angeboten.

Mit über 3.000 Abonnenten, jährlich 150.000 Downloads von laender-analysen.de und der zusätzlichen Aufnahme in das Online-Angebot der Bundeszentrale für politische Bildung haben die Ukraine-Analysen eine Reichweite erlangt, von der wir hoffen, dass sie auch zu einer Versachlichung der sehr kontrovers geführten Debatten zur Ukraine beiträgt.

Wir bedanken uns bei allen, die für uns in diesen zehn Jahren geschrieben haben – über 200 Autoren, die insgesamt über 350 Beiträge für uns verfasst haben.

Genauso bedanken wir uns bei Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, für Ihr Interesse an den Ukraine-Analysen!

Wir freuen uns immer über Ihre Anregungen, Kritik oder auch positive Rückmeldungen!

Bleiben Sie uns auch in den kommenden Jahren gewogen.

Katerina Bosko (geb. Malygina)

Chefredakteurin der Ukraine-Analysen

ANALYSE

Rückblick auf die Entwicklung der Medien in der Ukraine – zwei Jahre nach dem Euromaidan

Von Marta Dyczok, London (Kanada)

Zusammenfassung:

Revolution, Annexion, Krieg und Wirtschaftskrise schaffen für die Medien ein schwieriges Arbeitsumfeld. Dies ist jedoch die Realität, in der Journalisten in der Ukraine seit zwei Jahren arbeiten. Es ist unnötig zu erwähnen, dass diese schwierigen Bedingungen unterschiedliche Auswirkungen auf die nationale Medienlandschaft haben. Die wichtigsten Veränderungen, die es zu erwähnen gilt, sind das fast völlige Verschwinden der Zensur und das kontinuierliche Aufstreben neuer Projekte. Nichtsdestotrotz hat sich die Struktur der Medienlandschaft nur wenig verändert.

Einleitung

Zwei Jahre nach den Protesten auf dem Euromaidan in der Ukraine mag man sich fragen, was sich in der Medi-

enlandschaft des Landes verändert hat. Es gab sowohl Wandel als auch Kontinuität, ist eine mögliche Antwort auf diese Frage.

Mit dem Regimewechsel nach der Flucht des damaligen Präsidenten Wiktor Janukowytsch im Februar 2014 endete der staatliche Druck auf die Medien weitestgehend. In der Folge entstanden neue erfolgreiche Medienunternehmen wie das Öffentliche Radio der Ukraine (Hromadske Radio) oder Hromadske.tv. Außerdem wurden erste Schritte unternommen, um die verbliebenen staatlichen Medien in öffentliche Rundfunkunternehmen umzuwandeln.

Allerdings befand sich das Land in einem von Russland gegen die Ukraine geführten hybriden Krieg. Dieser hybride Krieg schloss einen wirkmächtigen Krieg mit ein, der von vielen als »Informationskrieg« bezeichnet wurde und in dem Informationen als Waffe genutzt wurden, um ein verzerrtes Bild der realen Geschehnisse zu zeichnen. Medien und Journalisten waren der Mittelpunkt dieses »Informationskrieges«.

Die Medienlandschaft der Ukraine

Was sich nicht verändert hat, ist die Gesamtstruktur des Mediensystems. Die großen privatwirtschaftlichen Mediengesellschaften machen noch immer 80 % der ukrainischen Medienlandschaft aus. Auch die Eigentümer sind dieselben geblieben, wie vor dem Regimewechsel: es die wohlhabendsten und mächtigsten Männer der Ukraine, oft als Oligarchen bezeichnet. Rinat Achmetow, der aus Donezk stammt und der wohlhabendste Mann in der Ukraine ist, ist weitestgehend aus der Öffentlichkeit verschwunden, seit die Situation im Donbass sich verschärft hat. Die Frage, welche Rolle er in dem Konflikt spielt, ist Gegenstand einer öffentlichen Diskussion. Trotzdem blieb er Eigentümer der Media Group Ukraine. Gegen die Verbündeten des flüchtigen früheren Präsidenten Janukowitsch, Dmytro Firtasch und Serhij Ljowotschkin, wird zur Zeit wegen des Vorwurfs der Korruption ermittelt. Obwohl neben den ukrainischen Behörden auch internationale Gerichte ermitteln, sind die beiden Männer Berichten zufolge noch immer Inhaber von INTER, der größten Mediengesellschaft der Ukraine. Und Petro Poroschenko, der im Mai 2015 Präsident wurde, lehnt es ab, seine Eigentumsrechte am Kanal 5 abzugeben.

Als die Demonstranten des Euromaidan es geschafft hatten, den unbeliebten, korrupten Präsidenten zu stürzen, schien es zunächst so, als hätten die Medien in der Ukraine neue Energie geschöpft. Der investigative Journalismus erfuhr einen kurzen Aufschwung, als alle großen Medienunternehmen begannen, Fragen über die Ereignisse während der Demonstrationen zu stellen – insbesondere, als gegen Ende der Proteste mehr als 100 Demonstranten getötet wurden. »Wer hat geschossen? Wer gab die Befehle? Wer untersucht die Vorkommnisse?«, waren in der Öffentlichkeit häufig gestellte Fragen.

Als Russlands heimliche Invasion der Krim und die gewalttätigen Auseinandersetzungen in den Gebieten Donezk und Luhansk begannen, kam es auf den nationalen TV-Kanälen (und zwar sowohl auf den privaten als auch auf den staatlichen) zu einer seltenen Demonstration von Einheit. Sie alle zeigten auf dem Bildschirm das gleiche Logo: Die Ukraine ist vereint (*Jedyna Kraina*) – in ukrainischer und in russischer Sprache.

Die Übergangsregierung von Präsident Oleksandr Turtschynow und Premierminister Arsenij Jazenjuk (Februar bis Mai 2014) ernannte den geachteten unabhängigen Journalisten Zurab Alasanija zum neuen Direktor der staatlichen TV- und Radiogesellschaft. Außerdem gaben sie bekannt, dass die noch aus der Sowjetzeit stammende Unternehmensstruktur in die einer öffentlichen Rundfunkanstalt umgewandelt werden solle (s. Ukraine-Analysen 96). Dieser Schritt wurde begrüßt, und die Umsetzung begann mit viel Enthusiasmus. Die erste maßgebliche Veränderung war die Aufhebung der Nachrichtenzensur, die es noch unter der Vorgängerregierung gegeben hatte. Zeitgleich mit Veränderungen im Management und in der Verwaltungsstruktur des Unternehmens wurde auch ein neues Programm vorgestellt.

Anti-Propaganda Graswurzelbewegung

Die Übergangsregierung kämpfte indes erfolglos gegen eine landesweite Desinformationskampagne, in der es hieß, eine unrechtmäßige Rechtsaußen-Regierung wäre in Kiew durch einen faschistischen Putsch an die Macht gekommen. Die Zivilgesellschaft schritt helfend ein. Eine Gruppe von PR-Spezialisten schuf das Ukraine Crisis Media Center (UCMC), welches zunächst als zeitlich begrenztes Forum geplant war, auf dem Regierungsvertreter sich zum Informationsaustausch mit Journalisten treffen konnten. Eine andere Gruppe aus Journalisten und Wissenschaftlern rief ein StopFake genanntes Projekt ins Leben, in dessen Rahmen sie gefälschte Nachrichten, die aus dem Kreml über die Ukraine gemeldet wurden, herausfilterten und richtigstellten. Obwohl der Informationsdienst der Regierung nach der Wahl Petro Poroschenkos zum Präsidenten am 25. Mai 2015 langsam auch begann, effektiver zu arbeiten, blieben die Graswurzelbewegungen bestehen und spielen weiterhin eine wichtige Rolle.

Ein leuchtendes Beispiel nach den Ereignissen auf dem Euromaidan ist das Öffentliche Radio der Ukraine (Hromadske Radio). Im Sommer 2013 mit Hilfe privater Finanzierung durch eine Handvoll Journalisten gestartet, bietet diese Initiative eine Alternative zu privatwirtschaftlichen Medienholdings und staatlichen Medien. Die Journalisten setzten private finanzielle Mittel ein und begannen mit Online-Übertragungen. Mit

der Flucht Janukowytschs und den damit einsetzenden Veränderungen im staatlichen Rundfunksystem wurde dem Hromadske Radio ein zweistündiges Zeitfenster während der Hauptsendezeit auf den staatlichen Rundfunkfrequenzen eingeräumt. Fortan war es der Initiative möglich, ein breiteres Publikum zu erreichen.

Als der Konflikt im Frühjahr 2014 seinen Höhepunkt erreichte, recherchierten die Reporter des Hromadske Radio an der Front und berichteten über die dortigen Ereignisse. Der Reporter Andrij Kulykov reiste am 5. März 2014 nach Perewalne auf die Krim. Dort entstand eine Sendung mit dem Titel »Unbekannter Soldat bekommt auf der Krim eine neue Bedeutung«. Zwei Wochen später berichtete er aus Donezk, wie maskierte Männer mit Maschinenpistolen dem Fernsehsender Donbas TV einen Besuch abstatteten und wie er später auf einer Kundgebung beobachtete, wie die Menschenmenge »Rossija!« skandierte.

Bis heute wurde die Sendezeit von Hromadske Radio auf acht Stunden täglich ausgebaut. Es gibt eine Sendung, die sich mit dem Titel »Kiew–Donbass« speziell an die Einwohner der Ostukraine auf beiden Seiten der Front wendet. Die Sendung legt großen Wert auf Objektivität und lässt alle Stimmen zu Wort kommen.

Eine bis heute bestehende Schwierigkeit ist allerdings die Gewährleistung einer sicheren Finanzierung. Dies ist ein Problem, mit dem öffentliche Rundfunkanstalten in vielen Ländern kämpfen. Eine weitere Herausforderung ist die komplexe Verbindung zur staatlichen Radiogesellschaft, die in eine öffentliche Rundfunkanstalt umgewandelt wird. Das Ziel von Hromadske Radio ist, eine der nationalen Radiofrequenzen zugesprochen zu bekommen, sobald diese öffentlich ausgeschrieben werden. Wie so viele Dinge in der Ukraine ist auch dies ein laufender Prozess.

Staatliche Medienpolitik

Umstrittene Maßnahmen der Regierung nach dem Amtsantritt Poroschenkos waren erstens das Verbot russischer Fernseh- und Radioübertragungen in die Ukraine und zweitens die Gründung eines Ministeriums für Informationspolitik.

Die Entscheidung, russische Medien in der Ukraine vom Netz zu nehmen fiel im Sommer 2014. Zu diesem Zeitpunkt war im von Russland kontrollierten Teil der Krim und in den Teilen der Gebiete Donezk und Luhansk, in denen die »Volksrepubliken Donezk und Luhansk« ausgerufen worden waren, ukrainisches Fernsehen vom Netz genommen worden. Der Beschluss, vom Nationalen Rat für Fernseh- und Radioübertragungen – der staatlichen Regulierungsbehörde im Rundfunkbereich – gefällt, war heiß umstritten und wurde von vielen Journalisten bekämpft. Die Regulierungsbehörde begründete ihren Schritt damit, dass die Ukraine um

die laufende Desinformationskampagne zu bekämpfen, russische Sender blockieren müsse. Dies war jedoch nur zum Teil erfolgreich, da Fernsehen auch über Internet empfangbar ist. Die Menschen, die weiterhin russische Medien nutzen wollten, konnten dies also einfach online oder über Satelliten-TV tun.

Im März 2015 wurde außerdem ein Gesetz verabschiedet, das in Russland produzierte Unterhaltungsprogramme, die die russische oder sowjetische Armee verherrlichen sowie nach 2014 produzierte russische Filme verbietet. Dieses Verbot ist wirksam, Verstöße sind selten.

Ähnlich umstritten war die Entscheidung von Präsident Poroschenko, im Dezember 2014 ein Ministerium für Informationspolitik zu gründen. Die offizielle Begründung für diesen Schritt war, dass der Staat aufgrund des Krieges gezwungen ist, seine Informationsstrategie genau abzustimmen. Das neue Ministerium hatte zwei Aufgaben: Es sollte einerseits gewährleisten, dass die ukrainische Gesellschaft und mit ihr die ganze Welt korrekte Informationen erhielt, und andererseits sollte es Falschinformationen bekämpfen und richtigstellen. Das Ministerium unternahm eine Reihe von Schritten. Es wurde ein Papier zu einem ukrainischen Informationssicherheits-Konzept erarbeitet, zu dem es hieß: »Das Hauptziel des Informationssicherheitssystems ist es, eine Entwicklung zu unterstützen, die negative Einflüsse durch Einmischung Dritter verhindert« (s. Dokumentation auf S. 13). Im ukrainischen Militär wurde ein System eines eingebetteten Journalismus implementiert. Es wurden Schritte zur Erneuerung des Rundfunks in Teilen des Donbass unternommen. Außerdem wurde der Aufbau einer ausländischen Rundfunkanstalt angekündigt, die in fremder Sprache Nachrichten über die Ukraine international zugänglich machen sollte. Diese Nachrichtenplattform wurde im Oktober 2015 gestartet. Dabei war nicht klar, ob die notwendigen finanziellen Mittel für diese Unternehmung dauerhaft bereitgestellt würden oder wie sie sich überhaupt von dem privaten englischsprachigen TV-Kanal *Ukraine Today* unterscheiden würde, der am 14. August 2014 von Ihor Kolomojskyj und seiner Firma 1+1 TV gegründet worden war. So war das neue Ministerium breiter Kritik sowohl von Journalisten und als auch aus der Gesellschaft ausgesetzt und der Minister Jurij Stets ersuchte nach einem Jahr um seinen Rücktritt. Diesem Ersuchen muss noch vom Parlament stattgegeben werden.

Gewalt gegen Journalisten und Konflikt-Berichterstattung

Ein anderer Bereich, in dem sich große Veränderungen ergaben, ist das professionelle Umfeld von Journalisten.

Gewalt und Krieg veränderten das Leben aller Ukrainer, jenes von Journalisten jedoch in besonderer Weise. Themen wie journalistische Standards, Ethik, Zensur, Selbstzensur und Propaganda traten hinter Konferenzen und Diskussionen am runden Tisch zurück. Sie wurden mit Anliegen nationaler Sicherheit und, in vielen Fällen, persönlicher Sicherheit verknüpft. Der Ausdruck »Informationskrieg« wurde so gebräuchlich, weil der Kampf um korrekte Information zu einem Schlüsselmoment im größeren Konflikt wurde.

Schwer bewaffnete maskierte Männer, die Gewalttaten begingen, wollten nicht, dass die Welt davon erfuhr. So nahmen sie Journalisten ins Visier, entführten, folterten und töteten diese sogar. 2014 wurde das tödlichste Jahr für Journalisten in der neueren Geschichte der Ukraine. Sieben wurden getötet, 25 gefangengenommen, 79 entführt oder festgehalten, 286 überfallen. Zur Zeit der Entstehung dieses Textes, im Januar 2016, steht die Journalistin Maria Warfolomejewa bereits seit einem Jahr unter willkürlichem Arrest der selbsternannten »Volksrepublik Luhansk« (s. Dokumentation auf S. 14).

Die Mehrzahl solcher Zwischenfälle ereignete sich in Kiew (zum Ende der Proteste auf dem Euromaidan), auf der Krim und in den östlichen, vom Krieg betroffenen, Gebieten. Im vergangenen Jahr wurde die Ukraine als eines der drei gefährlichsten Länder der Welt für Journalisten eingestuft.

Es ist unnötig zu erwähnen, dass die meisten Journalisten auf das, was sie erlebten, nicht vorbereitet waren. Es gab keine Tradition des Kriegsjournalismus in der Ukraine, erst recht nicht eines Krieges, der auf dem eigenen Territorium ausgefochten wurde. Einige mussten von Zuhause fliehen. Andere begaben sich in die Krisengebiete, ohne zuvor auf eine solche Aufgabe vorbereitet worden zu sein und auch ohne geeignetes Equipment wie Helme oder schusssichere Westen.

Über die Autorin:

Marta Dyczok ist Außerordentliche Professorin in den Fachbereichen Geschichte und Politikwissenschaften an der University of Western Ontario, Mitglied der Munk School of Global Affairs an der Universität von Toronto und nebenamtliche Professorin in der Mohyla Akademie an der Nationalen Universität in Kiew. Sie hat vier Bücher veröffentlicht, darunter *Ukraine Twenty Years After Independence: Assessments, Perspectives, Challenges* (Mitherausgeberin: Giovanna Brogi, 2015), *Media, Democracy and Freedom. The Post Communist Experience* (Mitherausgeberin: Oxana Gaman-Golutvina, 2009). Außerdem veröffentlichte sie Artikel in verschiedenen Journalen, unter anderem in *The Russian Journal of Communication* (2014) und *Demokratizatsiya* (2014). Zusätzlich schreibt sie regelmäßig Medienkommentare. Sie promovierte an der University of Oxford und forscht über Massenmedien, Erinnerung, Migration und Geschichte.

Lesetipps:

Marta Dyczok, »Masked Men vs. Journalists in Ukraine«, Wall Street Journal, 29 April 2014, <<http://www.wsj.com/articles/SB10001424052702304393704579528101344061812>>

Die ukrainische Berichterstattung über die Ereignisse unterschied sich von der internationalen. Dafür gab es viele Gründe. In einigen Fällen war es schwierig (wenn nicht gar unmöglich), umfassende Informationen zu erhalten, weil der Zugang zum Kriegsgebiet von allen Seiten eingeschränkt war. Viele Journalisten auf der Krim oder in dem Gebiet des Donbass, das sich unter der Kontrolle der »DNR« und »LNR« befand, wurden bedroht. Einige wurden festgehalten, andere brachten sich in die von der ukrainischen Regierung kontrollierten Gebiete in Sicherheit. Zum Beispiel musste der Herausgeber der unabhängigen Online-Publikation *Ostrov*, Serhij Harmasch, der die Zensur in der Ära Kutschma und Janukowytsch überlebt hatte, nach einem Überfall auf seine Redaktion im März 2014 fliehen. Ukrainisches Fernsehen und Radio wurden genauso vom Netz genommen, wie auch die TV-Station ATR der Krimtataren. Sie sind jedoch weiterhin online empfangbar.

Schlussfolgerung

Ein etabliertes Mediensystem, welches größtenteils privatwirtschaftlich organisiert ist und bisher unter staatlicher Zensur stand, zu reformieren, ist keine einfache Aufgabe – besonders nicht unter Kriegsbedingungen. Die Ukrainer mussten sich der Herausforderung stellen, sich einem Informationskrieg entgegenzustemmen, während sie gleichzeitig versuchten, professionelle Standards aufrechtzuerhalten und objektiv über Regierungsangelegenheiten zu berichten. Der Staat hat zum Teil erfolgreich versucht, einen öffentlichen Rundfunk aufzubauen und zu diesem Zweck neue Gesetze erlassen.

Übersetzung aus dem Englischen: Alena Göbel